

Der Vorsitzende verweist auf die in der Sitzung ausgehändigte Tischvorlage, die als Anlage der Niederschrift beigefügt ist. Es handelt sich hierbei um ein Schreiben einer Bürgerin vom 11.09.2015 zur Teilbebauung des Spielplatzes Stauffenbergstraße.

Ratsherr Euskirchen kritisiert die bisher von Seiten der Verwaltung mangelnde Beteiligung der Bevölkerung an der Planung. Nach Ansicht seiner Fraktion stellt die Teilbebauung des Spielplatzes im Bereich der Stauffenbergstraße einen erheblichen Eingriff in die Infrastruktur des Stadtgebietes dar. Für die FDP-Fraktion steht aber auch fest, dass die Notwendigkeit der Schaffung von weiteren möglichst dezentralen Unterkünften für den sich dramatisch abzeichnenden Zuzug von Flüchtlingen in Rheinbach unbedingt notwendig ist. Die geplante Maßnahme wird zwar kurzfristig die Unterbringungsproblematik nicht lösen können, aber die FDP-Fraktion geht davon aus, dass hierdurch zukünftig eine Entlastung der sonstigen städtischen Einrichtungen erreicht werden kann. Ratsherr Euskirchen stimmt daher im Namen seiner Fraktion dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zu. Um die festzustellende Hilfsbereitschaft und Akzeptanz der Bevölkerung durch das Schaffen von Fakten und durch mangelnde Information nicht weiter zu strapazieren, beantragt Ratsherr Euskirchen, die Bevölkerung umgehend über die geplanten Maßnahmen vor Ort zu unterrichten.

Ratsherr große Deters stellt den Geschäftsordnungsantrag, der Verfasserin des als Tischvorlage vorliegenden Schreibens ein Rederecht einzuräumen.

Der Vorsitzende unterbricht um 18.10 Uhr die Sitzung und gibt Frau Barbara Karla die Gelegenheit, dem Ausschuss ihr Anliegen mündlich zu erläutern.

Der Vorsitzende eröffnet um 18.15 Uhr erneut die Sitzung und erteilt Fachgebietsleiterin Thünker-Jansen das Wort, die anhand einer Präsentation zu den geplanten Maßnahmen ausführt. Die Präsentation ist als Anlage der Niederschrift beigefügt. Fachgebietsleiterin Thünker-Jansen sagt die Durchführung einer Informationsveranstaltung zu.

Ratsfrau Krupp bedauert, dass die Öffentlichkeit nicht rechtzeitig informiert wurde. Ihre Fraktion sieht die Notwendigkeit, dass für die Unterbringung von Flüchtlingen auch in Rheinbach Wohnraum geschaffen werden muss. Im Namen der SPD-Fraktion unterstützt daher Ratsfrau Krupp die vorliegende Planung der Verwaltung. Positiv hebt sie hervor, dass der Spielplatz zu 2/3 erhalten bleibt und nicht komplett entfällt. Sie erklärt, dass die SPD-Fraktion zu dem Abwägungsergebnis kommt, dass trotz der Bedenken der Öffentlichkeit an der geplanten Stelle eine Bebauung erfolgen muss.

Im Hinblick auf die Kriminalprävention und die Integration der Flüchtlinge regt Ratsherr Wessel an, einen Alternativstandort zu suchen. Die bestehende Grünfläche ist heute ein Ort der Begegnung aller Kulturen und sollte nach seiner Meinung so belassen werden. Ferner bittet er dem Wunsch der Bürger zu entsprechen und eine Informationsveranstaltung durchzuführen.

Ratsherr Beißel hält Vorsorgemaßnahmen für notwendig, um zu verhindern, dass städtische Gebäude, wie z.B. Turnhallen, als Unterkunft in Anspruch genommen werden müssen. Bei allen Maßnahmen bittet er die Stadtentwicklung, die Nachnutzung und die Finanzierung als Aspekte zu berücksichtigen. Unter Abwägung aller Kriterien erachtet Ratsherr Beißel den Verwaltungsvorschlag für die den Umständen entsprechend beste Lösung.

Sachkundiger Bürger Dr. Lenke erklärt, dass seine Fraktion insbesondere im Hinblick darauf, dass die grundsätzliche Nutzung des Spielplatzes erhalten bleibt, den Verwaltungsvorschlag unterstützt. Er begrüßt,

dass es sich bei der Planung um eine Nachverdichtung handelt und sich die Verwaltung Gedanken um die Nachnutzung gemacht hat. Ferner hebt er die Eignung des Standortes wegen seiner Nähe zum Bahnhof hervor.

Aufgrund der weiter ansteigenden Anzahl der Flüchtlinge rechnet Ratsherr große Deters nach Verwirklichung dieses Projektes noch mit weiteren Baumaßnahmen in Rheinbach. Zurzeit gibt es seiner Meinung nach alternativ zu der geplanten Fläche keinen Standort, der kurzfristig bebaut werden kann. Ratsherr große Deters geht davon aus, dass eine Akzeptanz für die Maßnahmen in der Öffentlichkeit erreicht werden kann, wenn diese zukünftig frühzeitig in die Planung eingebunden wird.

Bezugnehmend auf die Ausführungen von Ratsherrn Wessel erklärt Ratsfrau Koch, dass derzeit bereits eine dezentrale Unterbringung der Flüchtlinge erfolgt. Sie bittet den Ratsvertretern frühzeitig weitere mögliche Standorte zur Beratung und Entscheidung vorzulegen mit Angaben dazu, in welchem Zeitraum und unter welchen Voraussetzungen diese realisiert werden können.

Fachgebietsleiterin Thünker-Jansen weist darauf hin, dass bereits die städtischen Grundstücke in der Kernstadt und in den Ortschaften im Hinblick auf deren infrastrukturelle Lage, ÖPNV-Anbindung und Bebaubarkeit überprüft und eine Prioritätenliste erstellt worden ist.

Ratsherr Wehage nimmt Bezug auf den Redebeitrag der Bürgerin Frau Karla. Für ihn ist es eine Tatsache, dass sich die gesamte Republik durch die große Anzahl der einreisenden Flüchtlinge verändern wird. Er bittet daher um Verständnis, insbesondere für die unpopulären Entscheidungen, die in dieser Krisensituation von der Verwaltung und vom Rat getroffen werden müssen.

Ratsherr Brozio merkt an, dass andere Spielplatzflächen, z.B. in Oberdrees, um ein Vielfaches kleiner sind als die verbleibende Spielplatzfläche in der Stauffenbergstraße. Um die Nutzung des Spielplatzes zu gewährleisten, bittet er den Zeitraum bis zur Baureife des Grundstückes zu nutzen und die Maßnahmen zur Verschiebung des Spielplatzes durchzuführen.

Ratsfrau Mäsgen regt eine Beteiligung der Öffentlichkeit dahingehend an, dass Bürgerwünsche im Hinblick auf die Spielplatzausstattung- und -gestaltung aufgenommen werden. Fachgebietsleiterin Thünker-Jansen sagt eine Weiterleitung der Anregung an den für die Spielplatzplanung zuständigen Fachbereich III zu. Auf Nachfrage von Ratsfrau Mäsgen begründet Fachgebietsleiterin Thünker-Jansen warum eine Verschiebung des Bauflächenfensters in Richtung Keramikerstraße nicht möglich ist.

Abschließend stellt der Vorsitzende den Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Abstimmung.